



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

19.01.2022
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Schließung der Abschiebehafteinrichtung**

Einzelplan **03** Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 81 Polizeibehörden
Buchungskreis: 2290

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Allgemeine Vollzugsaufgaben

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	882.364,8	-800,0	881.564,8
Produktabgeltung	866.135,4	-800,0	865.335,4

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Hessen gibt jährlich 800.000 Euro für den Betrieb der Abschiebehaftanstalt aus. Haft zum Zwecke der Abschiebung stellt eine unverhältnismäßige Maßnahme dar, sodass diese Kosten eingespart werden können und müssen.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske